

Skepsis folgt der Euphorie

von Dr. Thomas Hart

Zwei Drittel der Bundesbürger sind für eine direktere Mitwirkung an politischen Entscheidungen. Online-Instrumente können dazu beitragen. Sie funktionieren aber nur, wenn die Bürger tatsächlich in politische Prozesse einbezogen und ernst genommen werden.

Neue Medien und Bürgerorientierung – so ist eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung überschrieben. Der Titel deutet vieles an: Die Hoffnung, dass das Zeitalter der Informationsgesellschaft den Bürger stärker in den Mittelpunkt des politischen und administrativen Interesses rückt. Die Vermutung, dass die perfekte Strategie zur demokratieorientierten Nutzung der neuen Technologien noch nicht gefunden wurde. Der Zweifel, dass der öffentliche Sektor aus sich heraus die notwendigen Erkenntnisse zieht und die relevanten Schritte ergreift.

Die Studie zeigt, welche aktuellen und interessanten Ansätze es bei der Einbeziehung von Bürgern in politische Prozesse über das Internet bereits in der Praxis zu beobachten gibt (siehe Kasten, S. 50).

Unabhängig von diesen konkreten Beispielen lohnt es sich aber auch, noch einmal allgemein über die Möglichkeiten nachzudenken, die vor allem das Internet für Bürgerschaft, Politik und Verwaltung in sich trägt – und darüber, welche strukturellen Hindernisse der Entfaltung all der viel zitierten Potenziale derzeit noch entgegen stehen.

E-Business, E-Commerce oder E-Procurement sind nur einige der vielen Neologismen, die durch das Aufkommen des Internets entstanden sind. Der vorgestellte Buchstabe suggeriert elektronische Modernität und Fortschritt – eines der letzten nach außen sichtbaren Überbleibsel einer globalen Innovationsphase, die als New Economy zunächst Reichtum zauberte, dann Wertschöpfung vernichtete. Auch im politik- und verwaltungswissenschaftlichen Bereich fand das „E“ seinen Einzug in Begriffen wie E-Government, E-Democracy und E-Governance.

Diese Begriffe werden häufig so verstanden, dass eine Verwaltung, die ihre Dienste auf elektronische Leistungserbringung umstellt, damit lediglich effizienzorientierte Change-Prozesse einleitet. Die aus Sicht der Bürgergesellschaft deutlich höher einzuschätzende Errungenschaft der E-Society ist

aber, dass die Elektronisierung der Verwaltung auch zu größerer Transparenz und zu verstärkten Möglichkeiten der Bürgerpartizipation an öffentlichen Entscheidungsprozessen führen kann. Und das nicht nur in Prozessen, die explizit als Beteiligungsverfahren ausgewiesen sind wie Bürgerversammlungen, Petitionsverfahren, Anhörungen, sondern in jedem einzelnen Schritt jedes öffentlichen Verfahrens.

Die anfängliche Euphorie über die positiven Potenziale des Internets zur verstärkten Bürgerbeteiligung ist derweil einem gewissen Realismus gewichen: Man kann nicht davon ausgehen, dass, nur weil ein neues Medium bereit steht, die Bürger besser an den öffentlichen Angelegenheiten partizipieren. Analog zu den Überzeugungen in der Wirtschaft kann man auch in der Forschung eine Ernüchterung bezüglich der vermeintlich fantastischen Möglichkeiten des Internets konstatieren. Soweit die Nutzungszahlen von Partizipationsprojekten erfasst wurden, waren diese ernüchternd. Das E-Democracy-Volk ist noch skeptisch.

Unbestritten ist jedoch: Das Internet hält für die Bürgerbeteiligung deutlich mehr Möglichkeiten bereit als die reine Übertragung klassi-

Web-Service

Die Studie „Neue Medien und Bürgerorientierung @ 2004“ kann auf der Website des Projektes Balanced E-Government der Bertelsmann Stiftung als PDF-Dokument heruntergeladen werden:

- www.begix.de

Diesen Link finden Sie auch unter www.kommune21.de.



Demokratie-Instrument: Bürgerbeteiligung im Netz.

scherscher Aktivitätsformen des Sich-Informierens, Diskutierens, Wählens oder Ähnlichem auf elektronische Plattformen. Es entstehen vielmehr erweiterte Eingriffs-, Auswahl-, Reaktions- und Steuerungsmöglichkeiten auf Informationen und Entscheidungen. Dabei entwickeln sich neue Regeln der Einflussnahme, der Informationswirksamkeit auf den Entscheidungsprozess.

Im Policy-Zyklus von Problemartikulation, -definition, Politikdefinition, Programmentwicklung, Implementierung und Evaluation gewinnen gerade ressourcenschwache Akteure durch die nun gegebene kostengünstige Möglichkeit des Kommunizierens einen relativen Organisationsvorteil gegenüber einer Situation der reinen Offline-Demokratie. Mehr Transparenz und Kontrollierbarkeit der Willensbildung und Entscheidungsfindung sowie zunehmender Einfluss auf Problemartikulation und -definition stärken den Akteur „Bürger“ und damit die Bürgergesellschaft insgesamt als Ort legitimer Entscheidungsfindung.

Natürlich gehen diese Vorstellungen von einem übertrieben opti-

mistischen Bild des politisch aktiven Bürgers aus. Außerdem ist das Internet, wie aus den Nutzungsdaten ersichtlich wird, bei weitem noch kein Jedermann-Medium. Erst jedoch, wenn das neue Demokratie-Instrument

„Online“ ähnlich zugänglich ist wie die bisherigen Mittel der Beteiligung und der Information, kann es eine ernsthafte Debatte über die Netzöffentlichkeit als Legitimationsbasis von allgemeingültiger Politik geben. Nicht zu verkennen ist allerdings, dass die Nutzung der Online-Medien gerade auch eine Gruppe der Bevölkerung erreicht, die aufgrund ihrer speziellen Interessen, ihrer Sozialisierung und Erziehung bislang nicht ausreichend Impulse verspürte, sich bei der Gestaltung des Gemeinwesens zu engagieren. Diese Gruppe der vor allem jugendlichen Online-Bevölkerung findet die Idee, sich über das Netz mit Gleichgesinnten zusammenfinden, attraktiv und nutzt das Instrument, um neue Subkulturen zu bilden.

Um zu einer weitreichenderen Bürgerbeteiligung an öffentlichen Entscheidungsprozessen zu gelangen, ist neben der „Ermöglichung“ der Partizipation, also dem Schaffen von Beteiligungsmechanismen etwa durch Implementierung von E-Democracy-Projekten, auch die Motivation der Bürger sowie ihre ausreichende Information notwendig. Diese drei Aspekte bedingen einander: Schlecht informierte Bür-

ger können auch mit noch so guten Mechanismen nicht qualifiziert partizipieren; der bestinformierte Bürger wird sich die Mühe der Teilhabe nicht machen, wenn ihn die fehlende Aussicht auf Wirksamkeit seiner Intervention demotiviert; schließlich helfen alle Motivation und Information nichts, wenn die notwendigen Instrumente fehlen, mit denen die Bürgermeinung ins öffentliche Entscheidungssystem gelangen könnte.

In Umfragen antworten die Bundesbürger auf die Frage, ob sie an politischen Entscheidungen direkt beteiligt werden möchten, zu zwei Dritteln mit Ja. Der Ruf nach basisdemokratischer Mitbestimmung ist besonders groß auf kommunaler Ebene. Ganz offensichtlich versäumt es die Politik aber, dieses Interesse und die Handlungsbereitschaft angemessen zu bedienen und zu aktivieren. Die Menschen warten darauf, endlich mehr Verantwortung zu bekommen. Sie wünschen sich neben den herkömmlichen Wegen der politischen Willensäußerung neue Formen der Partizipation, um als Mitgestalter ernst genommen zu werden. Will die institutionalisierte Politik nicht massiven Bedeutungsverlust erfahren, muss sie diese Wünsche ernst nehmen.

Letztlich ist es nur diese Argumentationskette, welche die systematische Implementierung von Online-Partizipationsprojekten verspricht: Nur wenn Politiker ihre eigene Position in Gefahr sehen, werden sie das im Vergleich zu E-Administration recht undurchschaubare und mühevollere Projekt in Angriff nehmen. Im Bereich des traditionellen E-Government lautet

das Versprechen Effizienzsteigerung und Kostensenkung. Im Bereich der E-Democracy im weitesten Sinne ist es nur die Bürgerzufriedenheit, die in Aussicht gestellt wird. Diese Aussicht muss zum konkreten Anreiz werden, um das Potenzial der Online-Partizipation Realität werden zu lassen.

Es müssen dazu nicht zwingend neue formal-direkt-demokratische Verfahren etabliert werden, sondern es geht vielmehr um eine stärkere Einbeziehung interessierter Bürger in die Informationsbeschaffung und um die Sachdiskussion

im Vorfeld einer Entscheidung. Viele Formen der kooperativen Demokratie sind dabei vorstellbar. Verständlich ist, dass viele Kommunalpolitiker fürchten, ihr eigener Entscheidungsspielraum im Rat verkleinere sich dadurch. Die neuen Formen der Beteiligung sollen die repräsentative Demokratie ergänzen und nicht ersetzen. Eine gute Möglichkeit dazu bietet sich eben auch über den Einsatz des Internets, um mehr Transparenz und Informationen über politische Prozesse zu vermitteln und der Bürgerschaft das Gefühl zu geben, sie werde in politische

Prozesse miteinbezogen und ernst genommen. Damit ist die Frage noch nicht beantwortet, ob dieses Gefühl zurecht entsteht – für die individuelle Motivation eines Bürgers, sich einzubringen, ist es aber eben zuallererst dieses Gefühl, das zählt. Wird es später enttäuscht, weil die Bürgermeinungen in den weiteren Entscheidungsprozessen keine Rolle mehr spielen, dann wird sich der engagierte Bürger umso grundsätzlicher und dauerhafter abwenden.

Dr. Thomas Hart ist Projektmanager der Bertelsmann Stiftung.

Dialog mit Bürgern

Die Studie „Neue Medien und Bürgerorientierung 2004“ untersuchte neun unterschiedliche Ansätze zum Thema E-Partizipation. Die sechs kommunalen Beispiele in Kurzform.

Esslingen: Im Projekt „Esslinger Haushalt im Dialog“ werden die Themen kommunale Haushaltsaufstellung und Online-Beteiligung miteinander verknüpft. Ziel des Projek-

tes war es, über die Haushalts- und Finanzplanung der Stadt umfassend zu informieren und konkrete Ideen zu Haushaltseinsparungen gemeinsam mit den Bürgern zu erarbeiten.

Guetersloh: Das Stadtplanungsamt setzt ein Modul zur Online-Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange auf Grundlage eines Planungsinformations- und Beteiligungsservers ein. Das Modul ermöglicht, formalisierte Beteiligungsverfahren schlanker zu gestalten.

Königslutter: Die Stadt erstellt einen Landschaftsplan und hat in diesem Rahmen eine Internet-Plattform aufgebaut. Interaktive Elemente werden eingesetzt, um über den Planungsverlauf zu informieren, Inhalte des Landschaftsplans darzustellen und Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger zu eröffnen.

Münster: Seit 1996 gibt es in Münster mit dem publikom eine

internetbasierte Plattform, welche die E-Government-Dienste der Stadt mit einem Bürgernetz verzahnt.

Weinstadt: Ein Ratsinformationssystem in Kombination mit einem Forum und einem abonnierten Newsletter-Service für eine ausgedehnte Form der Bürgerorientierung wird in Weinstadt eingesetzt. Mit Unterstützung von Politik und Verwaltung werden die Online-Dienste genutzt, um die Kommunikation mit den Bürgern zu intensivieren.

Schwerin: Der Schweriner Jugend-Server see-you.de aktiviert junge Menschen, indem verschiedenste Themen aufgegriffen und zielgruppenspezifisch aufbereitet werden. Die Jugendlichen haben die Möglichkeit, das Portal inhaltlich mitzugestalten und sollen so letztendlich zu politischer Teilhabe in ihrer Stadt angeregt werden.

Web-Service

Weitere Informationen über die kommunalen Bürgerbeteiligungsprojekte:

- www.esslingen.de
- <http://stadtplanung.guetersloh.de>
- www.koenigslutter.de/landschaftsplan.php
- www.publikom.de
- www.weinstadt.de
- www.see-you.de

Diese Links finden Sie auch unter www.kommune21.de.